arbeitsblätter

nummer 6

DDR-Studienreisen von Gruppen und Landesverbänden 1963/64

Berichte

die arbeitsblätter werden für die mitglieder des sds herausgegeben. in ihnen stellt der bundesvorstand des sds aufsätze, referate, protokolle, arbeitsergebnisse zur diskussion. sie sind nicht nur zur selbstverständigung gedacht. sie wollen zugleich als hinweise für unsere politische praxis verstanden sein. sie bleiben internes arbeitsmaterial, entstanden durch mitarbeit der gruppen uhd zufällige ereignisse. verantwortlich: manfred liebel, bundesvorsitzender des sozialistischen deutschen studentenbundes, 6000 frankfurt/ main w 13 kurfürstenstraße 8, tel. 77 64 22.
nummer 6 ist erschienen im september 1964

DDR Kontakte von Gruppen und Landesverbänden des Sozialistischen Deutschen Studentenbundes (1963/64)

Aufgabe der vorliegenden Zusammenstellung ist es, den Delegierten der XIX. ordentlichen Delegiertenkonferenz des Sozialistischen Deutschen Studentenbundes, die vom 4. bis 6. September 1964 in Frankfurt/Main stattfindet, eine Übersicht über DDR-Kontakte von SDS-Gruppen oder Landesverbänden zu geben. In der Zusammenstellung sind also nicht die Kontakte auf Bundesebene enthalten, die durch Rundschreiben des Bundesvorstandes hinlänglich bekannt sind.
Auch fanden private Einzeleinladungen und Kontaktversuche, die keinen Erfolg hatten keine Berücksichtigung.
Im allgemeinen sind Berichte der Gruppen an den Bundesvorstand benutzt worden; dies wird jeweils ausdrücklich erwähnt. Der dokumentarische Charakter der Zusammenstellung drückt sich besonders darin aus, daß versucht wurde, die Gruppen selber ihren Kontakt darstellen zu lassen.
Kontakte mit DDR-Institutionen stoßen auf Schwierigkeiten. Die verschiedenen Bedingungen an den einzelnen Universitäten müssen bei einer etwaigen Kontaktaufnahmen stets geprüft werden. Der Rahmen für SDS- Kontakte zur DDR wurde in den Beschlüssen zu Ostkontakten auf der XVIII. o. DK des SDS (Beschlüsse 14 bis 17) abgesteckt. In einem Anhang (3.1) zu dieser Zusammenstellung wird auf die neueste bundesdeutsche Rechtsprechung bezüglich DDR-Kontakten eingegangen (von D. Sterzel).

Für die Richtigkeit gezeichnet Klaus Schüler, Mitglied des Bundesvorstandes; Frankfurt/Main, am 2.9. 1964.

2. 1. Karlsruhe

Im Dezember 1963 verhandelte Hasso Ehinger in Ostberlin mit Horst Kapron vom Zentralrat der FDJ über den Besuch von zwei FDJ Vertretern.

Auf Grund einer Einladung der SDS-Gruppe Karlsruhe waren dann am 23.,24. und 25. Januar 2 Vertreter der FDJ (Helmut Geyer, Sekretär der Bezirksleitung für Schule und Hochschulen und Peter Seifert, 1. Sekretär der FDJ-Kreisleitung der TU-Dresden) zu einem Gespräch nach Karlsruhe gekommen. Es fanden 3 Diskussionen über folgende Themen statt:
1.) DDR gestern, heute und morgen.
2.) Entspannungsmöglichkeiten zwischen den beiden deutschen Staaten
3.) Deutsche Beiträge zur Koexistenz

Um sicherzustellen, dass die Diskussionen in einer sachlichen Atmosphäre verliefen, beschränkte die SDS-Gruppe in Uebereinstimmung mit dem Senat und dem AStA der TH die Teilnehmerzahl für jede Diskussion auf 40 Studenten. Gleichzeitig wurde jedoch sichergestellt, dass Studenten aller politischen Richtungen teilnehmen.

Die Gespräche verliefen alle in einer sehr sachlichen Atmosphäre. Allgemein war man der Ansicht, dass auch in Zukunft ähnliche Diskussionen stattfinden sollten. Um die Kontakte zu konkretisieren, wurde verabredet, dass der SDS mit mehreren Diskussionsteilnehmern vom 28. Februar bis 6.März nach Dresden fährt. Anfang März fuhr ausserdem noch eine grössere Studentengruppe unabhängig vom SDS nach Dresden. Beide Gruppen wurden von der FDJ-Kreisleitung der TU-Dresden eingeladen.

ANfang März fuhr also eine 7-köpfige Delegation nach Dresden. Auf dem Programm das ganz nach Wunsch der Karlsruher zustande kam, standen unter anderen:
1.) Die Besichtigung einer LPG
2.) Teilnahme am Geschichtsunterricht einer Schule, anschliessend Diskussion mit den Lehrer und Direktor der Schule
3.) Information in einem Betrieb, besonders über das Wesen der Konfliktkommission
4.) Eine allgemeine Diskussion mit 20 FDJ-Vertretern

Bei der Programmgestaltung achteten die Karlsruher besonders auf eine Ergänzung der in Karlsruhe geführten Diskussionen.

In Dresden wurde vereinbart, dass FDJ-Vertreter im November nach Karlsruhe kommen und dass im Januar oder Februar 1965 ein Gegenbesuch in Dresden stattfindet. Für diesen nächsten Dresden-Besuch ist eine Podiumsdiskussion vor 400 Studenten geplant.

2. 2. HAMBURG

Im Juli 63 sprachen sich die Landesverbände des LSD, SHB und SDS in einer gemeinsamen Presseerklärung für DDR-Kontakte aus. Obwohl sich der SHB später von dieser Erklärung distanzieren musste, half er sowie der LSD bei den Vorbereitungen an einem Seminar mit FDJ-Vertretern, für das der SDS verantwortlich zeichnete.

Von 21.-26.2 war dann eine 5-köpfige Delegation der FDJ der Universitäten Rostock und Greifswald , begleitet von einem Korrespondenten der FDJ-Zeitung "Junge Welt", in der Hansestadt.

Während einige der mit der Veranstaltung befassten Stellen zurückhaltende bis wohlwollende Neutralität zeigten, stiess sie bei anderen auf praktische Zustimmung, wodurch - in Verein mit der Hansestädtischen Liberalität - letzten Endes die Veranstaltung gesichert wurde. Gegenwirkende Kräfte konnten sich praktisch nur soweit durchsetzen, wie es aus dem nachstehenden Brief der Hambruger Jugendsenatorin an den SDS-Landesverband hervorgeht:

<u>Ohne Anrede</u>

"Auf Ihren Antrag vom 27. v. Mts um Ueberlassung eines Raumes im Haus der Jugend "Auf dem Stintfang" für das Wochenende vom 22./23. Februar teile ich Ihnen mit, dass ich es ablehne Ihnen für diese Veranstaltung den Raum zu geben. Ich halte

es für unerträglich, dass unsere Stadt ihre Einrichtungen für Gespräche mit politischen Vertretern der SED zur Verfügung stellt und somit als Gäste aufnimmt. Solange nicht alle anderen Bürger aus der Sowjetzone selbst aus dringenden menschlichen oder familiären Gründen Besuche in der Bundesrepublik Besuche machen dürfen.

Hochachtungsvoll
J.Keilhack "

In seinem Antwortschreiben erklärte der SDS-Landesvorsitzende dazu u. a. :

"Sehr geehrte Frau Senatorin!

... Ich bedaure Ihren Entschluss, weil ich solche administrativen Massnahmen der demokratischen politischen Auseinandersetzung wenig angemessen halte, -gerade auch, wenn es gegenüber der DDR die selbstbewusste Liberalität in der Bundesrepublik zu beweisen gälte.

Auch vermag ich der politischen Einengung des Gastrechts, das unsere Stadt den Benutzern ihrer technischen Einrichtungen gewährt, nicht ganz zu folgen, bin ich doch sicher, daß beispielsweise die U-Bahn täglich auch von Leuten benutzt wird, die der Senat der Freien und Hansestadt niemals als seine politischen Gäste betrachtet wissen wollte.

Unsere Veranstaltung motiviert sich, wie Ihre Ablehnung, sehr verehrte Frau Senatorin, politisch ebenfalls aus der Sorge über einen Zustand, daß 'Bürger aus der Sowjetzone selbst aus dringenden menschlichen und familiären Gründen Besuche in der Bundesrepublik' nicht machen dürfen. Wir allerdings fürchten, es wird bei diesen Zuständen bleiben, wenn nicht an die Stelle allmählich hohl gewordener Bekenntnisse und Forderungen eine Politik tritt, die die politische Wirklichkeit und deren Kräfteverhältnis realistisch einschätzt und berücksichtigt.

Bei den gegenwärtigen Passierschein-Verhandlungen, die mit Vertretern der Regierunf der DDR teilweise in den Räumen des Senats der Stadt Berlin stattfinden, kommt man an offiziellen Instanzen de facto so wenig vorbei wie bei dem Versuch, mit dem allerorts geforderten politischen Gespräch beider Teilstaaten ernst zu machen ..."

Der Raum, den die Hamburger Jugendsenatorin nicht zur Verfügung stellte, sollte ein vom SDS veranstaltetes Seminar beherbergen, es fand schließlich in den Räumen des CVJM Hamburg statt, wo bereits früher Diskussionen mit FDJ-Vertretern geführt worden waren.

Thema des Seminars waren Probleme der Deutschlandpolitik; aufgegliedert in "Die Geschichte des Deutschland-Problems" (Sonnabend) und "Möglichkeiten der Deutschlandpolitik" (Sonntag). Vor den etwa 60 Teilnehmern des Seminars entwickelten jeweils zu den beiden Teilen ein Vertreter der FDJ und im Korreferat einer des SDS ihre Standpunkte.

Dabei, wie in den anschließenden Diskussionen, offenbarte sich eine bemerkenswerte Anstrengung der FDJ-Vertreter, verbindlich und undoktrinär aufzutreten. Das gelang bei weitem nicht immer und die Unsicherheit, mit der einige Mitglieder der Delegation sich bewegten, strafte - wieder einmal - das bei denen die solche Gespräche nicht wollen und führen, so sehr beliebte Gerede von der dialektischen Debattierkunst der DIAMAT-Schüler Lügen. Bei den Haupt-Sprechern der Delegation jedoch wurde aus der Veränderung in der Form auch schon eine, wenn auch nur negative, Veränderung des Inhalts. Gerne gingen sie nämlich polemisch auf Angriffe im Stile der Kalten-Kriegs-Propaganda oder auf solche undifferenzierter Art ein. Je unmittelbarer, je aktueller und differenzierter aber die kritischen Äußerungen, umso zurückhaltender wurden die FDJ-Mitglieder. Insofern lassen sich immerhin aus der Bilanz dessen, was sie nicht sagten oder verteidigten, die positiven Ansätze der jüngeren Entwicklung ablesen.

Die Ungeduld und der Drang nach Zustimmung und Anerkennung ist jedoch

immer noch größer als es dem Einblick in die Realität und deren vernünftiger Einschätzung gut tut. So war es denn auch kein Zufall, daß bei diesem von der "Jungen Welt" und der DDR-Presse verdächtig oft als "offen", "gesamtdeutsch" oder auch nur "deutsch" apostrophierten Gespräch, bei dem eben doch beiderseits reichlich vieles in dem Moment zu den Akten ging als es gesprochen wurde, Ansätze zu einer regelrechten Diskussion noch immer diesen Hintergrund zeigten. Dementsprechend mußten die DDR-Vertreter den sowohl vom LSD als auch vom SDS betonten Einfluß der Großmächte auf die Verhältnisse in Deutschland verniedlichen, wenn nicht ignorieren.

Immerhin hielten schießlich LSD-und FDJ-Vertreter eine nationalstaatliche Wiedervereinigung noch für möglich, während von seiten des SDS der klassische Nationalstaat selbst als Anachronismus erkannt und angesichts dieser Realitäten eine nationalstaatliche Wiedervereinigung als unmöglich erklärt wurde.

Dem Seminar schloß sich am Montag, den 24.2.64 eine Podiums diskussion in der Universität an, bei der 3 der FDJ-Vertreter unter Leitung von Kai Herrmann (Redaktion "Die Zeit") mit je einem Vertreter des LSD, SHB und SDS diskutierten. Vor 600 Zuhörern herrschte - wie einer der FDJ-Delegierten später meinte - eine Art "Stierkampfatmosphäre". Zwar legte sich die anfänglich vorhandene kritische Spannung des Publikums und dieses erwies sich als der Veranstaltung durchaus wohlgesonnen, aber mehr als der Vortrag von Standpunkten war nicht möglich.

Dennoch ergaben sich in der Sache einige Anhaltspunkte. Einhellig wurde das Passierschein-Abkommen begrüßt und als Modell gewertet. Ebenso wurden Gespräche zwischen offiziellen Stellen und gesamtdeutschen Kommissionen zur Regelung technischer Fragen gutgeheißen.

Es folgt ein leicht gekürzter Hamburger Bericht an den Bundesvorstand.
Vom 29. 5. bis 3.6. 1964 erwiderte eine Delegation des SDS-Landesverbandes Hamburg, der sich zwei Vertreter des LSD und ein Redakteur der Zeit angeschlossen hatten, den Besuch der FDJ-Delegation. Auf dem Programm standen ein dreitägiges Seminar mit der FDJ zum Thema "Die gesellschaftliche Struktur der DDR und der Bundesrepublik" und ein Podiumsgespräch in der Aula der Universität Greifswald, dem die FDJ ohne vorherige Absprache mit dem SDS das Thema "Unser Beitrag zum gesamtdeutschen Gespräch" gab.

1. Das Seminar

Nach dem Referat eines Vertreters der FDJ über den Staatsaufbau der DDR, das sehr f ormal die staatlichen Institutionen der DDR und deren Zusammenwirken behandelte, und dem Referat einer SDS-Vertreterin über die gesellschaftliche Struktur der Bundesrepublik, das sich mit der wirtschaftlichen und politischen Entwicklung Westdeutschlands nach dem Kriege und dem politischen Bewußtsein vor allem der Arbeiter, Angestellten und Studenten, sowie den Ansätzen für eine sozialistische Politik auseinadersetzte, wurde schon am ersten Tage in den sich anschließenden Diskussionen deutlich, daß die Seminarteilnehmer der FDJ und des SDS von sehr verschiedenen Ansätzen ausgingen. Die FDJ-Vertreter versuchten jeder kritischen Analyse der DDR auszuweichen und beschränkten sich darauf, die Bundesrepublik anzugreifen und den SDS, der sich nicht mit abstrakt pauschalen Angriffen und Parolen zufrieden gab, sondern auf einer grundsätzlichen Diskussion auch über die Entwicklung der DDR bestand, mit dem "westdeutschen Monopolkapitalismus und Revanchismus" gleichzusetzen. Das Beharren der SDSler auf einer kritischen Analyse, sowohl der DDR, als auch der Bundesrepublik wurde von den meisten FDJlern nicht verstanden. Für sie gab es nur "Freunde" und "Klassenfeinde". Es wurde deutlich, wie wenig diese FDJ-Gruppe in ihrer eigenen Organisation grundsätzlich diskutiert hatte, und daß sie bisher vorwiegend mit Westdeutschen gesprochen hatte, die entwededer in der DDR alles akzeptiert oder alles abgelehnt hatten.
So gingen die ersten beiden Tage des Seminars damit hin, Begriffe zu klären, die bei den verschiedenen Gesprächspartnern (LSD, FDJ, SDS) je verschiedene Inhalte hatten. Immer wieder mußten sich die Vertreter des SDS dagegen verwahren, daß die FDJ ihnen einfach unterstellte, sie verträten die Standpunkte der Bundesregierung, und so das Seminar als eine Plattform für Angriffe gegen die westdeutsche Regierungspolitik benutzten.
Erst am letzten Tag kam es nach einem sehr klaren Referat Helmut Schauers, in dem dieser ausführte, was der SDS unter einer kritischen Gesellschaftstheorie versteht und welche politische Praxis er in der Bundesrepublik für vernünftig hält, zu einer sachlichen Auseinadersetzung. Diese führte zwar zu keiner Einigung, wohl aber zur Abgrenzung und zumindest teilweisem Verständnis der verschiedenen Standpunkte.
Es gelang während des Seminars, den Teilnehmern der FDJ nach und nach ein etwas realistischeres Bild der Bundesrepublik zu vermitteln und sie auf die Oberflächlichkeit, Abstraktheit und damit Ungenauigkeit der DDR-Propaganda hinzuweisen. Außerdem war es

möglich, den FDJ-Mitgliedern, wenn auch nur in Ansätzen , klar zu machen, daß und warum auch Sozialisten der DDR gegenüber kritisch eingestellt sein können.
In allen Diskussionen wurde deutlich, wie wenig es die anwesenden FDJler gewohnt waren, wirklich sachlich zu diskutieren und dialektisch zu denken, wie sehr ihre Argumente denen der Positivisten ähnlich sind, wie wenig sie wissen, was immanente Kritik bedeutet.

2. Podiumsdiskussion

In einem einleitenden Referat betonte Helmut Schauer, daß er die Anwesenheit der SDS -Delegation als einen wesentlichen Beitrag zum gesamtdeutschen Gespräch betrachte, da dieser Delegationsaustausch dabei helfen könne, in beiden Teilen Deutschlands ein realistischeres Bild des anderen entstehen zu lassen, was eine wichtige Voraussetzung einer besseren Verständigung sei. Er wies darauf hin, daß es zu einer innerdeutschen Entspannung nur dann kommen könne, wenn die DDR in ihrem Bereich ein größeres Maß von Demokratie erreiche, da die bisherigen Zustände nur denen Argumente lieferten, die sich einer Entspannung widersetzten. Der SDS begrüße daher die Entlassung von Heinz Brandt und das Angebot eines Zeitungsaustausches. Er würde es ebenso begrüßen, wenn die Bestimmungen über den innerdeutschen Reiseverkehr gelockert würden und die DDR-Bürger mehr als bisher die Möglichkeit erhielten, sich zumindest im Ostblock ungehinderter zu bewegen. Er bedauerte das Vorgehen der SED gegen Professor Havemann, denn er sähe darin ein Zeichen, wie wenig man nach wie vor bereit wäre, eine kritische Öffentlichkeit zu dulden, was doch nichts anderes wäre, als ein Eingständnis der eigenen Schwäche.
Die an dem Podiumsgespräch teilnehmenden Vertreter der FDJ enttäuschten dadurch, daß sie immer wieder, statt sich mit den Argumenten des SDS auseinaderzusetzen, die Politik der Bundesregierung angriffen. Helmut Schauer und Jürgen Harrer lehnten eine solche Art der Diskussion ab und bestanden darauf, über die Situation in der DDR zu sprechen, und es gelang ihnen bei einem großen Teil der anwesenden über 500 Studenten Zustimmung zu finden, einige Male kam es sogar zu offenem und anhaltendem Applaus. Trotz einer harten Auseinandersetzung wurde am Schluß der Veranstaltung von der FDJ versichert, daß die Kontakte zwischen FDJ und SDS fortgesetzt werden sollten, was den ungeteilten Beifall der Anwesenden fand.

3. Besuch bei dem Rektor und Teilnahme an einem Seminar

Die SDS-Delegation wurde auch vom Rektor der Universität empfangen. Nach einigen einleitenden Worten die SDSler nach Eindrücken von ihrem Aufenthalt in der DDR befragt. Die Hamburger äußerten offen ihre Enttäuschung über das z.T. unkritische autoritäre Denken der Seminarteilnehmer, das sie angetroffen hätten, sowie über den Mangel an sachlicher Information über die Verhältnisse in der Bundesrepublik.
Am Tage nach der Poduimsdiskussion nahmen zwei Hamburger an einer Vorlesung und anschließenden Seminarsitzung über Fragen der Informationstheorie teil. Es kam dabei zu einer harten Auseinadersetzung mit dem Professor und mehreren seiner Assistenten über Proble-

me der marxistischen Theorie und einige soziologische Fragen. Aber trotz starker Differenzen in den Auffassungen wurden die Vertreter des SDS eingeladen wiederzukommen und über Probleme, die ihnen wichtig erscheinen zu referieren."

Auch hier wurde deutlich wie groß das Interesse an einer Diskussion war. Solche Kontakte zwischen Ost und West sollten auf jeden Fall fortgesetzt werden. Allerdings ist anzustreben, daß die Delegationen sich länger in der BRD bzw. in der DDR aufhalten, um sich besser informieren zu können. Dazu sollte ihnen, wenn möglich Gelgenheit gegeben werden, einige Zeit in der Industrie oder Landwirtschaft zu arbeiten.

In einem sich an diese Reise anschließenden Briefwechsel kam es zu einem heftigen Streit zwischen der FDJ-Grundorganisation und dem Hamburger Landesverband des SDS. Ursache dieses Streits war in erster Linie:

A. Das Verlangen der FDJ, der SDS möge sich von einem Artikel Kai Herrmanns in der ZEIT, den dieser nach seiner Teilnahme in Greifswald verfasste, distanzieren.
B. Die Gleichsetzung der Hamburger Genossen mit den imperialistischen Kreisen in der BRD durch die FDJ, weil die Hamburger die These vertreten hätten, es eine "Tatsachenfeststellung, daß sich das politische Klima und die Außenpolitik der Bundesrepublik erst ändern könnten, wenn sich die inneren Verhältnisse der DDR gewandelt hätten."

2.3 München

Es bestehen schon ältere Kontakte zwischen Jena und München. Sie begannen mit dem Besuch einer Delegation Jenaer Studenten, die 1960 einen Kranz am Denkmal für die Geschwister Scholl niederlegen wollte. In der Folge fand ein sporadischer "Grenzverkehr" kleiner Grüppchen statt, der von der Münchner Seite her privat gestaltet war, an dem sich aber Mitglieder verschiedener Studentengruppen, sogar AStA-Funktionäre beteiligten.

Im Februar 1963 lädt das Prorektorat für Studienangelegenheiten der Friedrich-Schiller-Universität Jena die Münchner SDS-Gruppe zu einer Geschwister-Scholl-Gedenkfeier nach Jena ein. Die Münchner müssen wegen Terminschwierigkeiten absagen, begrüßen aber die Wiederaufnahme von Kontakten. Auf Einladung der FDJ-Hochschulgruppe Jena wird dann der erfolgreiche Kontakt eingeleitet:

Eine Studienreise wird für Anfang April 1964 ins Auge gefaßt. Auszug aus einem Brief vom 11.3. nach Jena: "Bezüglich Presseberichten oder -aufnahmen wird nocheinmal bekräftigt: während unserer Anwesenheit bitte nur mit unserem Einverständnis. Über ein kurzes Kommuniqué zum Abschluß des Besuches, das von FDJ und SDS gemeinsam zu veröffentlichen und gleichzeitig Agenturen und Jugendpressediensten in DDR und Bundesrepublik zuzusenden wäre, werden wir uns verständigen."

- Zu beachten: die am 1.4. nach Jena reisende Studiengruppe besteht aus 8 Mitgliedern des SDS und 8 Gästen.

- Sammelaufenhaltsgenemigung z.Hd. des Reiseleiters (Jörg Högemann).

- Die Mitglieder der Reisegruppe bezahlten die Hinfahrt + DM 74 für Bücher als Geschenke für die Gastgeber.

Zweck der Reise war: Information über die Verhältnisse in der DDR und über eine mögliche Versachlichung der Beziehungen zwischen beiden Deutschen Staaten, insbesondere auf studentischer Ebene.

Die Teilnehmer der Delegation hatten vorher die besonders interessierenden Fragen zusammengestellt und der FDJ zur Grundlage für einen Programmentwurf zugesandt. Von beiden Seiten wurde am Ende folgendes Programm gebilligt und durchgeführt:

1.4.: Anreise
2.4.: Empfang beim Prorektor für Studienangelegenheiten
Nachmittag Kino
Abends: Die Gruppe nimmt an einem der jede Woche stattfindenden philosophischen Rundtischgespräche teil. Diesmal mit dem Thema: "Freiheit im Sozialismus".
Die SDS-Mitglieder und andere Studienreiseteilnehmer diskutieren mit. Die SDS-Mitglieder dabei mit ausführlichen Diskussionsbeiträgen unter Anwendung der marxistischen Definition von "Freiheit".
3.4.: Fahrt zur LPG "Roter Stern", die einen sehr guten Eindruck auf die Teilmenher der Reisegruppe (besonders deutlich auf die Gäste des SDS) macht .
4.4.: Besichtigung zweier halbstaatlicher Betriebe.
Nachmittag ohne Programm.
Abends: Zusammenkunft mit Jungdbrigade des VEB Janapharm.Die Studienreiseteilnehmer nehmen einen Wimpel der Jungendbrigade entgegen. Über Probleme des Betriebs diskutiert, dann ungezwungenes Beisammensein, bei dem sich eine Menge Kontakte auf privater Ebene ergeben.
5.4.: Fahrt zum ehemaligen KZ Buchenwald
6.4.: Diskussion über Fragen des Staates, des Rechts etc. mit dem stellvertretenden Oberbürgermeister, Stadtverordneten und Juristen. Diskussion über das Neue Ökonomische System der Planung und Leitung der Volkswirtschaft.
Abends: Diskussion über Kulturpolitik mit Prof.Kaufmann, anderen Professoren und immer wieder einigen FDJ-Leuten.
7.4.: Die Teilnehmer der Reisegruppe verteilen sich über die Uni, hören Vorlesungen und nehmen an Seminaren teil. Andere besuchen eine Stadtverordnetenversammlung. Dieser Besuch fand spontan statt, nachdem bei der Diskussion am Tage zuvor der Wunsch danach geäußert wurde.
Abends: Teilnahme an einer Veranstaltung des Studentenclubs auf dem Fuchsturm, bei Feuerzangenbowle (s. beiliegenden Essay)
8.4.: Uni-Vorlesungen, insbesondere über Gesellschaftswissenschaftliches Grundstudium.
Gespräch mit dem Prorektor für das Gesellschaftswissenschaftliche Grundstudium und mit Prof.Mende (Lehrstuhl für Marxismus-Leninismus).
A bends: Veranstaltung der Partei und Gewerkschaft zu Fragen der Beziehungen zwischen den deutschen Staaten.
9.4.: Besichtigung einer Oberschule (Teilnahme am Unterricht)
Nachmittag ohne Programm (Bücher kaufen etc.),bzw. einige SDS-Mitglieder setzen mit einigen der Gastgeber von der FDJ das Schlußkommuniqué auf.
Abends: Abschlußveranstaltung. Dabei wird der Er[illegible]

des Kommuniqués von allen Teilnehmern der Reisegruppe angenommen (Text des Kommuniqués liegt bei).
Die sds-Gruppe München spricht eine Gegeneinladung aus.
lo.4.: Rückreise.

Das Programm war nicht streng obligatorisch, sondern wurde flexiebel gehandhabt. Es gab auch freie Vormittage und Nachmittage, die die Reiseteilnehmer nach eigenem Gutdünken verbringen konnten.Außer den organisierten Veranstaltungen gab es zahllose Diskussionen mit Studenten, die auf verschiedenste Weise kennen-gelernt wurden, auch mit anderen Bürgern der Stadt (ein Teil unserer Gruppe war z.B. privat untergebracht).

Unterbringung in Dozentenwohnheimen, Studentenwohnheimen und privat. Einige Mädchen konnten nicht anders als in einem Hotel untergebracht werden.
Verpflegung: Morgens in der Mensa.
Mittags, wenn in Jena, im Professorenlokal (Menü 1 zu ca. 3 Mark).
Abends in der Mensa (man verteilte sich mit seinen Essensmarken ungezwungen unter die Jenaer Studenten).
Ein Taschengeld wurde nicht benötigt.

Die eindrucksvollste Erfahrung war, daß mit fast allen Diskussionspartnern eine offene und ehrl iche Auseinandersetzung möglich war, daß es keine Tabu-Fragen gab, daß man selten mit Phrasen abspeiste. Im Unterschied zu früher bemüht man sich, die eigenen Probleme realistisch einzuschätzen wie auch die der Bundesrepublik. Da das auch Bestreben des SDS ist, sind wirklich fruchtbare Gespräche möglich.

Ein weiterer starker Eindruck war die enorme Bereitschaft zur Kommunikation mit der Bundesrepublik. Dabei geht es nicht um ideologische Beeinflussung, sondern um gegenseitige Information, um das Ausräumen von Vorurteilen, um die Verbesserung des innerdeutschen Klimas. So wurde z.B. von Lehrern gebeten, westdeutsche Lehrpläne und Schulbücher zu schicken, evt. Kontakte mit hiesigen Lehrern zu vermitteln. Einige Teilnehmer verabredeten mit Professoren und Studenten, sich um engere Kontakte zwischen den entsprechenden Fachschaften der Jeaner und Münchner Universität zu bemühen, und zwar in Form von Literaturaustausch, gegenseitigen Besuchen von Studentengruppen und nach Möglichkeit auch von Vorträgen von Professor en.

Neben diesen Erfahrungen und neben dem Kennenlernen der DDR durch Besichtigungen, dem Besuch einer Schule, Diskussionen mit Parteimitgliedern und Gewerkschaftern und mit Vertretern der FDJ etc. war der Zweck der Reise, <u>einen offiziellen Kontakt zwischen der münchner SDS-Gruppe und der FDJ-Hochschulgruppe der Friedrich -Schiller-Universität herzustellen.</u>

Schon aus diesem Grunde war ein offizielles Schlußkommuniqué, dem aber nicht nur die SDS-Mitglieder sondern ebenso alle Gäste in der Reisegruppe zustimmten, notwendig.

Dieses Schlußkommuniqué hatte folgenden Wortlaut:
"Eine Reisegruppe aus Mitgliedern und Gästen des Sozialistischen Deutschen Studentenbundes (SDS), Gruppe München, war vom 1. bis lo. April in Jena auf Einladung der Hochschulgruppe der Freien Deutschen Jugend (FDJ) der Friedrich-Schiller-Universität zu Gast. Die Reisegruppe beabsichtigte, sich über

und Gästen des Sozialistischen Deutschen Studentenbundes (SDS), Gruppe München, war vom 1.-bis zum 1o. April 1964 in Jena auf Einladung der Hochschulgruppenleitung der Freien Deutschen Jugend (FDJ) der Friedrich-Schiller-Universität zu Gast. Die Reisegruppe beabsichtigte, sich über die Verhältnisse in der DDR und über die Möglichkeit sachlicher Gespräche zwischen den Studentenorganisationen beider deutscher Staaten zu informieren.

Die Mitglieder und Gäste der SDS-Gruppe München besuchten Einrichtungen der Universität Jena sowie zwei Polytechnische Oberschulen und nahmen jeweils an Lehrveranstaltungen teil. Sie besichtigten zwei halbstaatliche Betriebe und wohnten einer Ordentlichen Sitzung des Rates der Stadt Jena bei. Sie besuchten die Gedenkstätte im ehemaligen Konzentrationslager Buchenwald und nahmen Einblick in die dort zusammengetragene Dokumentation über den antifaschistischen Widerstand. Die Reisegruppe führte lebhafte Diskussionen mit dem Prorektor für Studienangelegenheiten und Professoren der Universität, dem Stellvertreter des Oberbürgermeisters, Stadtverordneten verschiedener Parteien, einer Jugendbrigade des VEB Jenapharm, Genossenschaftsbauern und Lehrern. Sie nahm die Gelegenheit wahr, an einer öffentlichen Diskussionsveranstaltung des Studentenklubs Jena aktiv teilzunehmen. Sie diskutierte mit Vertretern der Universität, der FDJ, des FDGB und der SED, insbesondere über die Beziehungen zwischen beiden deutschen Staaten und die Möglichkeit, sie - vor allem auf studentischem Gebiet - zu versachlichen. Alle Gespräche verliefen sachlich und freimütig. Die Teilnehmer der Reisegruppe nutzten außerdem die Gelegenheit zu vielen Einzelgesprächen mit Einwohnern der Stadt, vor allem Studenten.

Beide Seiten stellten am Ende des Besuches fest, daß die Studienreise nützlich war; sie wollen ihre Kontakte fortsetzen. Beide Hochschulgruppen vereinbarten den Austausch studentischer Publikationen. Die SDS-Gruppe München sprach eine Gegeneinladung aus, die von der FDJ-Hochschulgruppe Jena angenommen wurde.

Diese Erklärung wird der Presse beider deutscher Staaten zur Veröffentlichung übergeben."

Auf die Gegeneinladung der Münchner hin wird eine FDJ-Delegation aus Jena etwa am 2o.11. voraussichtlich nach München kommen. Dies ist das vorläufige Programm für den Gegenbesuch:

- Empfang
- Fahrt nach Dachau, wo die FDJ-Delegation einen Kranz niederlegen wird
- Gespräche mit Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens, falls sich das einrichten läßt, und mit Dozenten der Universität
- Gespräche mit AStA-Vertretern über studentische Kontakte
- dto. evtl. Gespräche mit anderen politischen Studentengruppen
- Seminarabend
- Podiumsdiskussion mit anderen Studentengruppen. Als Mitveranstalter wird u.U. das politische Referat des AStA auftreten, wobei es noch gewisse Meinungsverschiedenheiten mit dem AStA wegen des Themas gibt.
- Für die Podiumsdiskussion wird es heißen "Studenten aus Jena"
- Abschlußveranstaltung mit Presseempfang etc.

Die Münchner halten ihre offizielle Reise aus folgenden Gründen für gelungen:

"1. Die Tatsache, daß die Gruppe offiziell reiste, erleichterte Vorbereitung und Durchführung der Reise (die Gruppe fand dadurch stärkere Beachtung und Gelegenheit zu Gesprächen mit vielen Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens) und ermöglicht die Auswertung in der Öffentlichkeit.

+ Es belebte sehr die Diskussionen, daß wegen der Größe und Zusammensetzung der Gruppe (die Gäste machten die Hälfte aus) die verschiedensten Meinungen vorgetragen wurden.

+ Unsere Erwartungen bezüglich der Information wurden vollkommen erfüllt, was vor allem durch unsere Einflußnahme auf das Programm und die gute Organsiation von Seiten der FDJ-Hochschulgruppenleitung erreicht wurde."

Die Auswertung der Reise war Aufgabe eines SDS-Arbeitskreises im SS 1964 "DDR".

Er wurde ein guter Erfolg und einer der bestbesuchten Münchner Arbeitskreise überhaupt. Im Durchschnitt nahmen 4o Studenten an ihm teil; das Maximum war einmal sogar 68 Studenten.

2.4. Landesverband Nordrhein-Westfalen

In der Zeit vom 5. bis 12. April 1964 besuchte eine achtköpfige Delegation des Landesverbandes NRW des Sozialistischen Deutschen Studentenbundes (SDS) auf Einladung der historischen Fachschaft der Karl-Marx-Universität Leipzig die Messestadt. Die Delegation bestand aus Mitgliedern der SDS-Gruppen Köln, Düsseldorf und Münster. Zweck der Studienfahrt war die Information über die Verhältnisse in der DDR und die Prüfung der Möglichkeiten der notwendigen Kontakte zur Bevölkerung der DDR, insbesondere zur studentischen Jugend.

Dies sind die wichtigsten Teile des Berichts von Herbert Lederer an den Bundesvorstand:

"Die Reise kam zustande durch eine Korrepsondenz zwischen der FDJ-Sekretärin der Kalr Marx-Universität Leipzig und dem damaligen Landevorsitzenden von NRW, H. Lederer, der damit den Kontakt wieder aufnahm, den Kurt Jacobs wegen des administrativen Vorgehens eines früheren BuVos abgebrochen hatte. Der Beschluß war von der MV Köln sofort nach der letzen DK gefaßt worden, ein detailliertes Programm nach Leipzig geschickt. Die Zusage erfolgte postwendend, durch ein Versehen konnten die endgültigen Vorbereitungen erst 3 Wochen vor der Abreise getroffen werden."

Die Reisemitglieder kamen aus den verschiedensten Fakultäten; dem wurde das Programm gerecht, indem es außer dem allgemein Interessierenden auch auf spezielle Probleme einging:

"Universitätsinstitut (Kybernetik - Physiologie) - Weimar/Buchenwald (Kranzniederlegung an der Thälmann-Gedenkstelle) - LPG - Maschinenbaufabrik - Kabarett "Pfeffermühle" - Rathaus (Nationale Front).

Gespräche mit: Professoren (Dekan der Phil. Fakultät veranstaltete für uns einen Abend, zu dem der Professoren- und Dozentenstab des Historischen Instituts erschienen war: Themen: Kafka - Entfremdungsproblematik - historische Probleme: Nachkriegsdeutschland, KPD etc.) - Pädagogen (prof. + Lehrer: Bildung, insbes. Hochschulsystem in der DDR) - mit Arbeitern und sämtlichen höheren Funktionsträgern in der Fabrik über Fragen der Betriebsorganisation, Mitbestimmung, Gewerkschafts- und Parteirolle und v.a.m. - LPG - Vorsitzenden und Parteisekretär der LPG über Aufbau, Geschichte und Funktionieren der LPG(s) - mit den uns begleitenden Studenten diskutierten wir offiziell 2 Themen: Moskau - Peking (Problem der Friedlichen Koexistenz) - Deutschlandpolitik - Konföderation - - Kulturproblme, zu der die meisten ganz kurzfristig eingeladenen Professoren und Künstler nicht erscheinen konnten - gemütliches Beisammensein im Studentenhiem Kalinin.

In privaten Gesprächen konnten auch zur übrigen Bevölkerung Kontakte hergestellt werden.

Bei allen Diskussionen und Gesprächen wurden die Themen und Probleme freimütig und offen behandelt. Trotz unterschiedlicher Auffassungen auf ideologischem Gebiet, waren sich beide Seiten darüber einig, daß solche Kontakte zum besseren gegenseitigen Verstehen und zum Abbau der bestehenden Spannungen zwischen beiden Teilen Deutschlands notwendig und nützlich sind. Es wurde ein Austausch von studentischen Publikationen vereinbart.

2.5 Göttingen

Auf Einladung des Präses der Erfurter Kirchen- und Klosterkammer, Herrn Willy Rutsch, fuhren drei Mitglieder der Göttinger SDS-Gruppe für die Zeit vom 7.4.-12.4.64 nach Erfurt, zwecks Kontaktnahme mit Studenten des dortigen Pädagogischen Institutes.

Diese Studienreise hatte privaten Charakter, da sich die Göttinger Mitglieder nicht entschließen konnten, offiziell als SDS-Gruppe aufzutreten. (Folge der Diffamierung)

Als der derzeitige Vorstand, Genosse P. Ripken, ein Rundschreiben an die Genossen schickte und zu dieser Fahrt einlud, wurde von verschiedenen Seiten Kritik an der quasi offiziellen Form der Einladung geübt.

Unsere Gesprächspartner in Erfurt waren Vertreter der verschiedenen Parteien (Präses Rutsch z.B., CDU), Vertreter der Stadt, der Schule, der FDJ und schließlich Dozenten des Pädagogischen Instituts Erfurt. Ein Programm war nicht vereinbart worden. Da wir bestimmte Vorstellungen von unserer Reise hatten, legten wir gemeinsam ein Programm fest. Unsere Wünsche nach dem Besuch einer Muster-LPG, nach der Besichtigung eines Betriebes konnten wegen der zeitlichen Begrenzung unseres Aufenthlates nicht erfüllt werden. Es muß in diesem Zusammenahng erwähnt werden, daß uns freie Hand bei der Wahl des Rückreisetermins gelassen wurde.

Weiterhin glauben wir betonen zu müssen, daß wir viel Freizeit hatten, d.h. wir konnten uns unbehindert im Bezirk Erfurt bewegen.

Einer der Reiseteilnehmer besuchte mehrere Male während des Aufenthaltes seine Verwandten und Bekannten. die in der Nähe Erfurts wohnen.

+ Stadtbesichtigugn unter Leitung Herrn Rutschs. Unterhaltung über Städtebau, Restaurierung und Investition größerer baulicher Vorhaben.

+ Teilnahme am Unterricht in Klassen Erfurter Schulen.
  In einem 3. Schuljahr im Deutschunterricht,
  im 1o. Schuljahr am Staatsbürgerlichen Unterricht.
  Weiter besichtigten wir im Rahmen des Polytechnischen Unterrichts das Elektrokabinett der Schule.
  Nach dem staatsbürgerlichen Unterricht haten wir um eine Diskussion mit den Schülerinnen und Schülern. Die Schüler zeigten ein großes Interesse an einer solchen Unterhaltung. Die Diskussion war für uns hinsichtlich ihrer Art und der berührten Fragen von großem informatorischen Wert.

+ Besichtigung des Pädagogischen Instituts und erste Gespräche mit Studentenvertretern der FDJ.
  Teilnahme an einer Vorlesung im Rahmen des Grundstudiums des Marxismus-Leninismus. Nach der Vorlseung waren wir uns auf dem Institutsgelände uns selbst überlassen.
  Wir kamen mit Kommilitoninnen ins Gespräch, die wir in der o.a. Vorlesung gesehen hatten. Nach anfänglichem Zögern machten die Kommilitoninnen recht kritische (für uns interessante) Äußerungen. Wir verabredeten uns mit ihnen für den Abend; Anschriften wurden ausgetauscht.

-12-

+ Gespräch mit Herrn Jugenburg, dem Dozenten der Marxismus-Vorlesung, über Aspekte der Vorlesung und über das Grundstudium des Marxismus-Leninismus überhaupt.

+ Besuch historischer und kultureller Stätten in Weimar. Besichtigung des ehemaligen Konzentrationslagers Buchenwald.

+ Abschlußgespräch mit unseren Gastgebern.

Manche Frage blieb offen, manche Kritik wurde geübt, im negativen wie im positiven Sinne. Wir drangen in unsere Gesprächspartner mitzuhelfen, daß dem Großteil der Bevölkerung der DDR amnche Last auf dem sozialistischen Weg abgenommen werde.

Weil bei Studenten des PI oft der Wunsch n ch westlichen Druckwrzeugnissen geäußert wurde, schlugen wir ein Abkommen über einen Zeitungsaustausch zwischen der BRD und der DDR vor. (12. April 64)

Wir versprachen, uns für die Forcierung der Kontakte zwischen der BR und der DDR einzusetzen.

Wir wollen in verstärktem Umfang für eine vernünftige Auseinandersetzung mit Vertretern von DDR-Organisationen sorgen, damit endlich die Hindernisse der Kalten-Kriegs-Politik der Ära Adenauer, deren Fundamente Gefühlsduselei, oberflächliche Argumentation (Verschleierung) und hemmungsloser Antikommunismus sind aus dem Wege geräumt worden.

Als Ganzes bewerten wir diese Studienreise als Erfolg. Die Gespräche wurden offen und ehrlich geführt. Wir können nicht sagen, daß man bei "heißen Themen" ausgeweichen wäre.

Es sollte der Kontakt mit der FDJ gesucht werden. Wir bitten den BV, klare Richtlinien in dieser Richtung auszuarbeiten.

An der Studienreise nahmen 3 Göttinger Genossen teil: Peter Ripken, Ekhard Bodenstein und Jürgen Klosak. Dieser Göttinger Bericht wurde von Jürgen Klosak dem BV zugeschickt.

2.6 Münster

Dies ist der etwas gekürzte Bericht eines Münsteraner Genossen an den BV:

"Vom 2o.5.-25.5.64 befanden sich vier Mitglieder der SDS-Gruppe Münster zu einem Studienaufenthalt in Halle/Saale. Die Einladung zu diesem Besuch war von der FDJ-Organisation der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg ausgegangen.

Die Fahrt in die DDR war keine offizielle Angelegenheit, sondern diese Reise diente ausschließlich und allein der Kontaktaufnahme zu Studenten der Univesität Halle. Auch die FDJ faßte diese Reise in dem oben geschilderten Charakter auf, was ausdrücklich aus dem Einladungsschreiben hervorging.

Die FDJ-Vertreter haben uns in Halle herzlich empfangen, und sie haben versucht, in den fünf Tagen, die wir an der Universität verbrachten, ein möglichst umfassendes Programm anzubieten. Das Interesse beider Seiten war legitim, und die Vertreter der FDJ waren allen Fragen aufgeschlossen, die wir ihnen über die Situation in der DDR im allgemeinen und über Fragen bezüglich des Hochschulkreises und über die Rolle der FDJ insbesondere stellten.

Jeder Student hat in der DDR neben seinem Fachstudium Vorlesungen und Seminare über Fragen des Marxismus-Leninismus zu hören. Wir konnten jedoch trotzdem die Feststellung machen, daß sich in der DDR ebensowenig Studenten

intensiv mit den Klassikern des Marxismus beschäftigen wie in der Bundesrepublik. Der überwiegende Teil unserer dortigen Kommilitonen kennt diesen Fragenkreis nur aus den offiziellen Lehrbüchern über Grundlagen des dialektischen und historischen Materialismus. Der SDS kann in Diskussionen über Fragen dieses Problemkreises durchaus bestehen.

Die Rolle der FDJ ist von einem der Teilnehmer besonders in einem Punkte kritisiert worden. Das betrifft die Doppelrolle, die die FDJ an den Universitätem und Hochschulen spielt. Sie sei einmal eine politische Organisation, andererseits eine Kontrollinstanz. Das äußere sich vor allem darin, daß die Testierung nicht durch die Universitätsverwaltung vorgenommen werde, sondern von Mitgliedern der FDJ. Er vertrat die Ansicht, daß die Kontrollaufgabe nicht von einer politischen Organisation vorgenommen werde, sondern daß hierfür eine neutrale Instanz geschaffen werden sollte. Die FDJ solle sich auf ihre politische Aufgabe beschränken. Die FDJ ist mit Sitz und Stimme im Akademischen Senat der Universität vertreten und kann hier ihre Auffassungen vorbringen. Als von uns darauf hingewiesen wurde, daß die FDJ überstimmt werden könnte, so antwortete man uns in der Weise, daß solange diskutiert würde, bis eine einheitliche Auffassung hergestellt sei. Wir hielten den FDJ-Vertretern entgegen, daß das nach einer Dis ussion um ihrer selbst willen aussähe. Dadurch entstände der Eindruck einer vorgespiegelten Einheit, die in Wirklichkeit gar nicht existent sei. Wir bemerkten, daß die Verhältnisse in der Volkskammer und im Nationalen Front ähnlich lägen.

Die DDR ist auf dem Wege, ein sozialistischer Staat zu werden. Anschauungsunterricht in der Praxis holten wir uns bei der Besichtigung einer Landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaft. Die LPG stellte einen Musterbetrieb des Saalkreises dar, Studenten der Landwirtschaftlichen Fakultät aus Halle leisteten hier ihr Praktikum ab. Über Fragen der Großraumproduktion herrschte bei Vertretern bieder Verbände Einigkeit. Bemängelt wurde von uns allerdings der Propaganda-Rummel, der 1960 um die Kollektivierung der Landwirtschaft gemacht worden ist. Auch hier ist der angeblich geschlossenen Eintritt der Bauern in die LPG als reien Spiegelfechterei zu betrachten. Wir wiesen darauf hin, daß es undenkbar sei, daß die Bauern plötzlich mit gliegenden Fahnen in die Genossenschaften geeilt seien, obwohl sich dieselben Bauern jahrelang dem Eintritt widersetzt hatten. Heute hat sich die Einstellung vieler Bauern geändert, weil sie merkten, daß sie nach der Kollektivierung mehr finanzielle Mittel und mehr Freizeit haben. Man hätte die Schwierigkeiten bei der Schaffung von Genossenschaften vermeiden können, hätte man 1946 eine sozialistische Bodenreform durchgeführt und keine bürgerliche. Unserer Meinung nach hätte man die großen Güter als wirtschaftliche Einheit bestehen lassen sollen. An der Universität selbst hatten wir die Gelegenheit, Vorlesungen zu besuchen und Gespräche in verschiedenen Instituten zu führen, um den dortigen Lehrbetriebskennenzukernen. In en sich anschließenden Diskussionen in kleinerem Rahmen wurden dann unter anderem neben fachlichen Fragen auch politische angeschnitten (Deutschlandproblem, sowjetisch-chinesischer Konflikt usw.).

Wie eingangs gesagt, dienten diese Gespräche der Kontaktaufnahem für eventuelle spätere Begegnungen. Beide Seiten waren sich darin einig, die Kontakte nicht abreißen zu lassen. Für den Herbst ist ein offizieller gegenseitiger Besuch geplant. Als Diskussionsgrundlage soll "Der Bürgerkrieg in Frankreich" von Karl Marx dienen."

2.7 Weitere Berichte aus den Gruppen lagen dem Bundesvorstand vor der XIX. o. DK nicht vor.

Materialien : DDR 3

Urteil des Bundesgerichtshofes in Strafsachen vom 18. 2. 1964

"Zur Strafbarkeit eines Besuches sowjetzonaler, gegen die Bundesrepublik gerichteter politischer Veranstaltungen"

(Neue Juristische Wochenschrift 1964, 1082 ff.)

Aus der neueren Rechtsprechung der Kammern für politische Strafsachen kommt der folgenden Entscheidung des BGH besondere Bedeutung zu. Wir zitieren den Teil, der sich mit Besuchen in der DDR auseinandersetzt. Die Entscheidung ist im übrigen auch deshalb interessant, weil einerseits festgestellt wird, dass "politische Kritik, mag sie auch hart, gar unsachlich oder offenkundig unberechtigt sein keinen Straftatbestand" erfüllt. Diese Kritik soll jedoch dann zu einer strafbaren Handlung werden, wenn damit "zumindestbilligend in Kauf" genommen wird, dass damit eine verbotenen Partei gefördert werden soll. Dabei soll nach Ansicht des BGH "ein Gleichklang mit dem Sprachgebrauch, der KPD/SED-Agitation oft unverkennbar anhaftet" bereits Rückschlüsse auf den Förderungswillen zu-lassen. Dabei kommt es "nicht mehr auf den Inhalt, auch nicht auf die Richtigkeit (der) Kritik" an.

Insgesamt zeigt die Entscheidung, dass entgegen den ersten Pressestimmen, die nach der mündlichen Urteilsverkünd ung zu vernehmen waren, eine Auflockerung der politischen Justiz in der BRD nicht zu erwarten ist.

> "Das LG hat die Angeklagten wegen Zuwiderhandlung gegen das Verbot der KPD (§§ 42,47 BVerfGG in Verbindung mit dem Urteil des BVerfG v. 17. 8. 1956 = NJW 56, 1393) in Tateinheit mit Geheimbündelei in verfassungsfeindlicher Absicht (§§ 128, 94 STGB) und Agententätigkeit (§ 100 d.Abs. 2 StGB) verurteilt, und zwar den Angeklagten K. zu 1 Jahr und 4 Monaten, dem Angeklagten B. zu 9 Monaten Gefängnis.
>
> A. Revision des Angeklagten K. Der Verurteilung liegen vier Vorgänge aus den Jahren 1958 bis 1961 zugrunde.
>
> Im einzelnen hat das LG festgestellt:
> K. gehörte seit 1952, damals 18 Jahre alt, der KPD bis zu ihrem Verbot an. Seit 1950 betätigte er sich in den Gewerkschaften als Kulturwart, Jugendvertreter und dergleichen. Dieser Ämter wurde er Anfang 1956 von der Gewerkschaft enthoben, weil er Mitglied der KPD war. Im Juli 1956 verurteilte ihn das LGD. wegen Förderung der verbotenen FDJ (§§ 129,94 StGB) zu sechsmonatiger Gefängnisstrafe. Die noch zu verbüßende Reststrafe von etwas mehr als 1 Monat wurde zur Bewährung ausgesetzt, und zwar bis Juli 1960.
>
> 1. Im Jahr 1958 war der Angeklagte in der Industriegewerkschaft Holz stellvertretender Jugendleiter für einen Düsseldorfer Bezirk geworden. Ende dieses Jahres erhielt er, wie das Urteil feststellt, aus Ost-Berlin eine Einladung zu einem 14-tägigen "Winterlager" in der Jugendherberge Frauenstein im Erzgebirge. Eine solche Einladung hatte auch der Mitangeklagte C., der das Urteil nicht angefochten hat, erhalten.

C., der in Düsseldorf eine Jugendgruppe der "Falken" leitete, hatte schon am "Arbeiterjugendkongreß" in Erfurt und an einer Veranstaltung in Stalinstadt teilgenommen. Auch jenes "Winterlager" in Frauen stein wurde von der FDJ für die "Jugendarbeiter Deutschlands" veranstaltet. Als C. die Reise für seine "Falken" vorbereitete, suchte ihn ein aus der sowjetischen Besatzungszone (SBZ) kommender FDJ-Funktionär namens H. auf, der mit ihm Näheres besprach. Um diese Zeit traf C. den Beschwerdeführer K. Sie kamen überein, die Fahrt nach Frauenstein gemeinsam mit den von ihnen hierzu geworbenen Mitgliedern ihrer Jugendgruppen durchzuführen. Hierbei hat, wie das Urteil feststellt, C. mit K.,"über alles offen gesprochen", dabei auch über die näheren Einzelheiten der Fahrt, wie sie C. von H. erfahren hatte. K. und C. fuhren sodann, als die jeweiligen Reiseleiter, mit etwa 30 Jugendlichen am 1. Weihnachtstag 1958 nach Magdeburg. Hier wurde die Gruppe von H. empfangen und nach "Karl-Marx-Stadt" (Chemnitz) geleitet, wo sie an einem "Freundschaftstreffen", auf dem sie von einem weiteren FDJ-Funktionär begrüßt wurde, teilnehmen mußte. Dabei hielt der Beschwerdeführer eine kurze Dankesrede und beteiligte sich an der "Diskussion". Anschließend wurden sie nach Frauenstein gebracht, wo sie bis Anfang Januar 1959 blieben und mit Jugendlichen aus der SBZ, zumeist Mitgliedern der FDJ, zusammen waren. In Aussprachen, bei Filmbesuchen und anläßlich des Besuches des früheren Konzentrationslagers Buchenwald war die Leitung des Lagers bestrebt, auf die Düsseldorfer Jugendlichen politisch einzuwirken. Eben hierauf war es auch dem Beschwerdeführer, wie das Urteil feststellt, angekommen.

a) Der Angeklagte hat sowohl vor der StrK wie in der mündlichen Verhandlung vor dem Senat behauptet, die Fahrt nach Frauenstein könne nicht strafbar gewesen sein, weil er sie im Einklang mit den Richtlinien durchgeführt habe, die der Gewerkschaftsbund und das Ministerium für gesamtdeutsche Fragen aufgestellt hätten. Das LG hat diese Einlassung für widerlegt angesehen. Auch im übrigen hat es diesen Einwand verworfen. Das ist rechtlich fehlerfrei.

Zwar kann jeder Bürger der Bundesrepublik, ohne sich strafbar zu machen, einzeln oder zu mehreren, organisiert oder nicht, in die SBZ reisen, dort auch mit Funktionären der SED oder der von ihr gelenkten Organisationen sprechen, dies auch über politische Fragen (vgl. Art. 5 GG; BGH, JZ 63,645 = MDR 63,938, 939). Er macht sich erst dann strafbar, wenn er dabei die gegen die Grundordnung der Bundesrepublik gerichtete Wühlarbeit der SBZ-Machthaber fördert, dies will oder doch billigend in Kauf nimmt und so als Werber für die gesellschaftlich-politische "Ordnung" der SBZ auftritt (3 StR 31/63 v. 2.10.1963). Allerdings wird sich derjenige der an gegen die Bundesrepublik gerichteten politischen Veranstaltungen (Kundgebungen, Tagungen, Lagern usw.) teilnimmt, leicht dem Verdacht aussetzen, dadurch die verfassungsfeindlichen Ziele der Veranstalter vorsätzlich gefördert zu haben. Der bloße Besuch solcher Veranstaltungen erfüllt jedoch nicht ohne weiteres einen Straftatbestand der Staatsgefährdung (3 StR 25/62 v. 17.7.1962, bei WAGNER, GoltdA 1963, 248

Nr. 39; 3 StR 20/63 v. 10. 6. 1963). Das wird insbesondere dann nicht der Fall sein, wenn der Besuch nur der Unterrichtung, der Abklärung der Standpunkte oder der geistigen Auseinandersetzung, etwa gar einer Gegenwirkung gegen die politischen Beeinflussungsversuche der Leiter solcher Veranstaltungen dienen soll (vgl. dazu auch die Begründung zu § 372 des E 1962) oder wenn der Besuch der Veranstaltung dazu benutzt wird, um auf diese Weise, etwa zu Verwandten, in die SBZ reisen oder dort einen billigen Urlaub verleben zu können (3 StR 10/62 v. 13. 4. 1962, bei WAGNER, DRiZ 63, 218 = LM Nr. 28 zu § 260 StPO (L), es sei denn, der Besucher nähme bei all dem billigend in Kauf, daß die SBZ Machthaber seinen bloßen Besuch ihrer Veranstaltungen in eine Unterstützung ihrer verfassungsfeindlichen Bestrebungen ummünzten. Gespräche und Begegnungen mit den Deutschen jenseits des von den SBZ-Machthabern errichteten "Eisernen Vorhangs" sind erwünscht und notwendig (3 StR 3/63 v. 20. 3. 1963). Sie dienen nicht zuletzt auch dem Verfassungsgebot, "in freier Selbstbestimmung die Einheit und Freiheit Deutschlands zu vollenden" (so die Präambel des GG, vgl. BVerfGE 5, 85, 127 = NJW 56, 1393;BVerfGE 12, 45, 51 = NJW 61, 355). Stets haben die Gerichte auch die Vorschriften gegen Hochverrat und Staatsgefährdung in diesem Sinne ausgelegt und angewendet. Andernfalls könnte die Wühlarbeit der SBZ-Machthaber, die den ihrem System Unterworfenen freie , staatlich nicht gelenkte Reisen und Bewegungen nicht erlauben, im Endergebnis bewirken, daß auch die in der freien Bundesrepublik lebenden Bürger an Reisen und Begegnungen mit den Deutschen der "DDR" gehindert wären.Gerade bei Auslegung der Vorschriften, die dem Schutz der freiheitlichen Ordnung dienen, bilden aber die Grundsätze dieser Ordnung selbst eine wesentliche Richtschnur (so BGHSt. 11, 171, 179 = NJW 58, 1196).

b) Auf all dies kann sich aber der Beschwerdeführer nicht berufen. Das angefochtene Urteil hat rechtsfehlerfrei festgestellt, daß er die Fahrt nach Frauenstein durchgeführt hat, um die von ihm geworbenen Jugendlichen dort der SED/KPD-Propaganda auszusetzen und dadurch die verfassungsfeindliche "West"-Arbeit der SED zu unterstützen. Diese Feststellungen tragen die Verurteilung wegen Zuwiderhandlung gegen die §§ 42, 47 BVerfGG (vgl. 3 StR 33/63 v. 2.10.1963 = NJW 64,58 =MDR 64,68)."